

Verhandlungsschrift Nr. 33

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz am Donnerstag, 11. Dezember 2008, im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 19:00 Uhr

Anwesend sind folgende Mitglieder des Gemeinderates:

<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>FPÖ</u>
Ing. Josef Dopler	Erich Pilsner	Gerhard Lehner EM
Alfred Männer	Ing. Siegfried Dobler EM	Christoph Schieber
Feischl Josef EM	Sabine Rathmayr	
Franz Baumgartner	Christian Scharinger	
Josef Hummer	Jutta Pöll EM	
Gerlinde Hintenaus EM	Herbert Brandscheid ab TOP 3	
Werner Hellmayr	Ing. Harald Hollnsteiner	
Franz Erdpresser	Gerhard Humer	
Werner Kapeller	Anna Binder EM	
Mag. Gerhard Hummer		
Franz Greinöcker		
Ing. Gerhard Angster		
Alfred Wahlmüller		

Entschuldigt ferngeblieben:

Sieglinde Eisenhuber, ÖVP; Ernestine Finzinger, ÖVP; Robert Binder, SPÖ; Dr. Michaela Petz, SPÖ; Friedrich Mayr, SPÖ; Annemarie Geiselmayr, SPÖ; Josef Scharinger, SPÖ; Albert Rathmayr, SPÖ; Norbert Leopoldsberger, SPÖ; Sabine Petrovitsch, SPÖ; Friedrich Schultes, SPÖ; Andreas Hackl, SPÖ; Christine Finzinger, SPÖ; Andreas Hospodar, SPÖ; Harald Reiter, SPÖ; Gerhard Stadlhuber, SPÖ; Brigitte Aichinger, SPÖ; Monika Kaltenböck, SPÖ; Hubert Stieger, SPÖ; Manfred Kienbauer, SPÖ; Adolf Hüttel, SPÖ, Johann Peter Gessl, FPÖ und Helga Burgstaller, FPÖ

Nach § 66 (2) der Oö. Gemeindeordnung 1990 ist Amtsleiter Josef Baumgartner anwesend. Der Amtsleiter ist zugleich Schriftführer.

Bürgermeister Ing. Dopler stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und kundgemacht wurde, die Verständigung hiezu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist und dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da die erforderliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates anwesend ist. Er stellt fest, dass von der SPÖ-Fraktion zwei Sitze nicht besetzt sind, da die Liste der Ersatzmitglieder erschöpft ist.

Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates am 25. September 2008 den Fraktionen zugegangen ist, zur Einsicht aufliegt und dagegen noch bis zum Ende der Sitzung Einwendungen eingebracht werden können.

Der Bürgermeister beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheit unter TOP. 11 zu behandeln:

Weitere Wohnungsvergaben nach der Mitteilung von Herrn Thomas Lehner, dass er mit Ende Dezember 2008 seine Wohnung räumen wird.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Die SPÖ-Fraktion beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheit zu behandeln:

Antrag auf Errichtung eines Kinderspielplatzes neben dem Gemeindezentrum und eines Erlebnisspielplatzes für St. Marienkirchen/P

Alle stimmen für den Antrag, nur Gerlinde Hintenaus, Werner Hellmayr, Werner Kapeller und Alfred Wahlmüller enthalten sich der Stimme.

Die dringliche Behandlung wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die SPÖ-Fraktion beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheit zu behandeln: Schaffung eines Jugendtaximodells für Jugendliche der Gemeinde St. Marienkirchen/P.

Für den Antrag stimmen:

Bürgermeister Ing. Dopler, Franz Baumgartner, Feischl Josef, Josef Hummer, Ing. Gerhard Angster, Erich Pilsner, Ing. Siegfried Dobler, Sabine Rathmayr, Christian Scharinger, Jutta Pöll, Ing. Harald Hollnsteiner, Gerhard Humer, Anna Binder, Gerhard Lehner, Christoph Schieber.

Der Stimme enthalten sich:

Alfred Männer, Gerlinde Hintenaus, Werner Hellmayr, Franz Erdresser, Werner Kapeller, Mag. Gerhard Hummer, Franz Greinöcker und Alfred Wahlmüller.

Die dringliche Behandlung wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die SPÖ-Fraktion beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheit zu behandeln:

Antrag auf Aufnahme von Gesprächen mit einem Fleischhauer

Alle stimmen für den Antrag, nur Herr Josef Hummer enthält sich der Stimme.

Die dringliche Behandlung wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die SPÖ-Fraktion beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheit zu behandeln:

Antrag auf Errichtung von Mietwohnungen durch die LAWOG

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Sodann wird folgende Tagesordnung abgehandelt:

1. Prüfbericht vom 9. 10. 2008

Die Verhandlungsschrift zur Sitzung des Prüfungsausschusses vom 9. Oktober 2008 wird zur Kenntnis gebracht.

2. Nachtragsvoranschlag 2008

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass den Fraktionen zeitgerecht der Entwurf des vorliegenden Nachtragsvoranschlages 2008 zugestellt wurde. Er bringt die Summen des Nachtragsvoranschlages zur Kenntnis und informiert, dass derzeit umfangreiche Vorhaben ausgeführt werden, welche eine entsprechende finanzielle Belastung für die Gemeinde darstellen, insbesondere da Landeszuschüsse und Bedarfszuweisungsmittel im nachhinein ausbezahlt werden und die Gemeinde die Zwischenfinanzierung zu tragen hat.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Nachtragsvoranschlag 2008, welcher im ordentlichen Haushalt bei Einnahmen und Ausgaben von jeweils €2.917.900,00 ausgeglichen ist und im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von €726.700,00 und Ausgaben von €1.268.200,00, somit gesamt einen Fehlbetrag von €541.500,00 aufweist, zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

3. Voranschlag 2009

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass den Fraktionen zeitgerecht ein Entwurf des vorliegenden Voranschlages 2009 zugestellt wurde; außerordentliche Vorhaben wurden darin

nicht präliminiert, da dafür derzeit noch keine Finanzierung dargestellt werden kann. Er verweist auf überproportionale Erhöhungen von Pflichtausgaben wie Krankenanstaltenbeitrag und Beiträge an die Sozialhilfeverbände und fordert, dass seitens des Bundes und des Landes dieser Entwicklung gegengesteuert werden muss. Bürgermeister Ing. Dopler gibt die Höhe des Schuldenstandes der Gemeinde sowie die Aufteilung auf die verschiedenen Darlehensgeber bekannt.

Der Herr Bürgermeister stellt den Antrag, den Voranschlag für das Finanzjahr 2009 wie folgt zu beschließen:

Ordentlicher Voranschlag:

Summe der Einnahmen	€	2.884.300,00
Summe der Ausgaben	€	2.884.300,00

Außerordentlicher Voranschlag:

Summe der Einnahmen	€	00,00
Summe der Ausgaben	€	00,00

Herr Pilsner fordert, dass die Finanzausgleichsverhandlungen zu einer finanziellen Entlastung von Ländern und Gemeinden führen müssen. Die Beiträge für die Krankenanstalten sollen gänzlich aus der Kompetenz der Gemeinden herausgelöst werden. In den Sozialhilfeverbänden werden im Interesse der künftigen Senioren noch hohe Kosten auf die Gemeinden zukommen; so ist im Bezirk Eferding vorgesehen, ein Alten- und Pflegeheim für den Bereich Hartkirchen-Aschach-Haibach in Hartkirchen zu errichten, das Pflege- und Seniorenheim Leumühle wird saniert, dann soll auch im Raum Alkoven eine Wohngruppe mit Pflegemöglichkeit errichtet werden; auf längere Sicht ist auch im Raum St. Marienkirchen/Prambachkirchen eine derartige Einrichtung vorgesehen. Zu den Belastungen der Gemeinde aus dem Ausbau und Betrieb der Abwasserentsorgung bemerkt er, dass zur besseren Auslastung hinsichtlich der Raumordnung Handlungsbedarf besteht.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass aus dem Neubau des Bezirksseniorenheimes Eferding noch beträchtliche finanzielle Belastungen bestehen; der Bezirk Eferding hat derzeit schon oberösterreichweit den höchsten Hebesatz beim SHV-Beitrag. Erschreckend angestiegen sind die Kosten für die Jugendfürsorge, der Anstieg beträgt mehr als 20% im vergangenen Jahr. Hinsichtlich der Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen ist die Forcierung der mobilen Dienste anzustreben, da dabei die Menschen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können und zudem gegenüber einem Heimaufenthalt beträchtliche Kosten eingespart werden können.

Herr Hellmayr fragt Herrn Pilsner, ob durch die vorgesehenen zusätzlichen Heimbauten die Gemeinden mehr belastet werden.

Herr Pilsner bemerkt, dass Herr Landesrat Ackerl glaubt, dass dies kostenneutral ist, aber auch wenn der Gemeinde höhere Kosten entstehen, stehe er zu diesem Konzept, da es für die Betreuung älterer Menschen notwendig ist; der Trend geht zu kleineren Einheiten.

Bürgermeister Ing. Dopler äußert, dass zusätzliche Pflegeplätze sicherlich auch zusätzliche Kosten bedeuten, da die tatsächlich pro Pflegeplatz anfallenden Kosten nicht durch den einbehaltenen Pensionsanteil und das Pflegegeld gedeckt werden können.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister beantragt, den dem Voranschlag angeschlossenen Dienstpostenplan als Bestandteil des Voranschlages 2009 festzulegen.

Herr Pilsner bringt vor, dass seitens der SPÖ-Fraktion vorgeschlagen wird, für das Freibad eine ganzjährig angestellte Kraft einzustellen und dafür die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Bürgermeister Ing. Dopler erwidert, dass der Gemeinderat über die daraus erwachsenden zusätzlichen Kosten informiert wurde, damit würden andere Projekte unmöglich gemacht werden.

Alle stimmen für den Antrag des Bürgermeisters, nur Herr Pilsner enthält sich der Stimme. Damit ist der Dienstpostenplan mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

Der Herr Bürgermeister beantragt, mit dem Voranschlag 2009 noch folgendes zu beschließen:

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Finanzjahr 2009 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird mit € 480.700,00 festgesetzt.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Der Herr Bürgermeister beantragt, die Hebesätze für Gemeindesteuern und die Abgaben unverändert für das Finanzjahr 2009 wie folgt festzusetzen:

Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A)	500 v.H. des Steuermeßbetrages
Grundsteuer für Grundstücke (B)	500 v.H. des Steuermeßbetrages
Lustbarkeitsabgabe	15 v.H. des Preises oder Entgeltes
Hundeabgabe	€ 17,00 für jeden Hund
	€ 17,00 für Wachhunde und Hunde zur Berufsausübung

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im Entwurf vorliegende und den Fraktionen zugestellte mittelfristige Finanzplanung 2009 – 2012 zu beschließen, darin sind folgende Vorhaben zur Ausführung bzw. zur Ausfinanzierung vorsehen: Volksschulsanierung, Fußballplatztribüne, Beachvolleyballplatz, Marktplatzgestaltung, Kreisverkehr Jungreith, Siedlungsstraße Holzmüller, Siedlungsstraße Mayrhauser, Siedlungsstraße Wieshof, Aufschließung Gewerbepark Obst-Hügel-Land, Siedlungsstraße Pilsner, Gehsteig Wieshof BA 2, Gehsteig von der Bergmannsiedlung bis zur Ordination des Gemeindefacharztes, Lengauer Gemeindefachstraße BA 3, Kaltenbacher Mühlenstraße, Güterwegbau Kleingerstodoppl, Güterwegbau Brandstadl, Anschluss an regionales Radwegenetz, Errichtung Bushaltestelle bei Eder, ARGE Mostkeller, Errichtung Kinderspielplatz, Öffentliche Beleuchtung, Freibadsanierung, Liegenschaftserwerb Hackingerstadl, Kanalisation Gewerbepark Obst-Hügel-Land, Kanalbau BA 13 Kirchholz/Obergrub, Kanalbau BA 14 Holzwiesen

Frau Rathmayr weist darauf hin, dass durch den Gratiskindergarten ein erhöhter Platzbedarf gegeben sein wird und dies bei der Volksschul- und Kindergartensanierung zu bedenken sei.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass man sich im Land über den Gratiskindergarten einig ist und nach Äußerungen der Landespolitiker dadurch den Gemeinden keine zusätzliche Belastung erwachsen soll. Er glaubt, dass der Bedarf für eine 4. Kindergartengruppe gegeben sein wird. Er berichtet, dass vom Amt der OÖ Landesregierung für die Volksschule der Platzbedarf mit 7 Klassen errechnet wurde, nach Berechnungen des zuständigen Ausschussobmannes Josef Hummer aber auch der Bedarf für 8 Klassen gegeben sein kann.

Herr Pilsner bemerkt, dass, wenn das Land dafür die Kosten übernimmt, auch der Ganztagskindergarten mit Mittagstisch kommen müssen wird und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen sind; zudem stünden die Berechnungen des Landes im Widerspruch zu den im Schulausschuss vorgebrachten Zahlen.

Herr Josef Hummer stellt fest, dass die Landesprognosen für jetzt stimmen, dass jedoch ab 2018/2020 die prognostizierten Plätze nicht mehr ausreichen werden.

Bürgermeister Ing. Dopler vermutet, dass auf Grund der vorgesehenen gesetzlichen Regelung das Land einen höheren Platzbedarf zur Kenntnis nimmt.

Herr Pilsner bemängelt, dass zur Aufschließung des Gewerbegebietes Jungreith die Ehegatten Jungreithmair als Eigentümer keine Leistungen erbringen.

Bürgermeister Ing. Dopler erwidert, dass es für die Berechnung und Vorschreibung der Beiträge zu den Aufschließungskosten für Bauflächen eine eindeutige landesgesetzliche Regelung gibt und diese ist für alle Grundverkäufer bzw. Grundeigentümer gleich anzuwenden ist. In Gesprächen mit anderen Bürgermeistern wird eine einheitliche Vorgangsweise zur Einhebung weiterer Kostenbeiträge bei Bauflächen, welche gesetzlich nicht vorgesehen sind, angestrebt, dies ist jedoch kaum zu realisieren, da die Wertigkeit bei Betriebsbaugebieten je nach Standort sehr unterschiedlich ist, und damit auch die Bereitschaft, für ein Betriebsbaugebiet in Nichtgunstlage einen zusätzlichen Beitrag zur Aufschließung zu leisten; diese Flächen würden für Investoren an Attraktivität verlieren.

Herr Pilsner bemerkt, dass zu unterscheiden ist, ob ein Grundstück als Betriebsbaugebiet oder als Wohnbaugebiet gewidmet ist. Dadurch, dass nur wenige Flächen als Betriebsbaugebiet gewidmet sind, ist beinahe eine Monopolstellung gegeben; dies könnte durch einen kommunalen Ankauf verhindert werden, was jedoch nicht finanzierbar ist. Bei mangelnder Kooperationsbereitschaft soll auch eine Rückwidmung bedacht werden.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass die Aufschließung nach der erforderlichen Nutzung erfolgt. Er stellt fest, dass nur wenige Flächen als Betriebsbaugebiet geeignet sind und der Gewerbepark Obst-Hügel-Land durch die Lage neben der B 134 für Betriebe interessant ist.

Herr Ing. Siegfried Dobler bringt vor, dass die Abhängigkeit von Privatpersonen bei der Entwicklung von Betriebsbaugebieten ein unbefriedigender Zustand ist.

Der mittelfristige Finanzplan 2009 - 2012 wird entsprechend dem Antrag des Herrn Bürgermeister einstimmig beschlossen.

4. Anpassung der Wasseranschlussgebühren lt. Voranschlagserlass des Landes

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass lt. Voranschlagserlass des Amtes der OÖ Landesregierung vom 3. 11. 2008, Zl. IKD(Gem)-511001/260-2008-JI/Gt/Pü, die Wasserleitungsanschlussgebühren um 3,793% anzuheben sind; damit ist die Mindestanschlussgebühr von € 1.894,00 auf € 1.965,80 sowie die Gebühr nach Verrechnungsfläche von € 12,65 auf € 13,10 je m² und die Gebühr für Schwimmbäder und Schwimmteiche von € 8,30 auf € 8,60 je m³ anzuheben (alle Gebühren zuzüglich MWSt.).

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im nachstehenden Verordnungsentwurf unter § 1 – 3 und 5 festgelegten Bestimmungen zu beschließen:

„Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz vom 11. Dezember 2008, mit der die Verordnung vom 15. Dezember 2005 über die Erlassung einer Wassergebührenordnung abgeändert wird.

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBl. Nr. 28/1958 idgF und des Finanzausgleichsgesetzes 2005, BGBl. I Nr. 156/2004 wird verordnet:

§1

§ 2 Absatz 1 der Wassergebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten:

„Die Wasserleitungsanschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke je m² der Bemessungsgrundlage nach Abs. 4 Euro 13,10, mindestens aber Euro 1.965,80.“

§2

§ 2 Absatz 2 der Wassergebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten:

„Für unbebaute Grundstücke beträgt die Wasserleitungsanschlussgebühr Euro 1.965,80.“

§ 3

§ 2 Absatz 3 1. Satz der Wassergebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten: „Für private Schwimmbecken und Schwimmteiche mit einem Fassungsvermögen von mindestens 10 m³, die aus der Wasserversorgungsanlage der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz versorgt werden, wird eine Wasserleitungsanschlussgebühr von EURO 8,60 pro m³ Fassungsvermögen eingehoben.“

§ 4

Im § 4 Absatz 1 ist die Wortfolge „im Jahr 2009 EURO 1,30“ durch die Wortfolge „im Jahr 2009 EURO 1,25“ zu ersetzen.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

Herr Schieber findet die Erhöhung in Zeiten der Rezession nicht richtig. Bürgermeister Ing. Dopler weist darauf hin, dass die Erhöhungen im Baugewerbe derzeit bei ca. 8% liegen und dass die Vorgaben des Landes einzuhalten sind, da ansonsten Förderungen gestrichen werden; dies wäre für die Gemeinde nicht verkraftbar, insbesondere würden dann der weitere Wasserleitungs- und Kanalausbau unmöglich gemacht.

Herr Männer bemängelt, dass jedes Jahr diese Diskussion geführt wird; eine verantwortungsvolle Gemeindepolitik muss auch darauf achten, dass Förderungen nicht verloren gehen.

Alle stimmen für den Antrag des Bürgermeisters, nur Gerhard Lehner und Christoph Schieber stimmen dagegen.

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

5. Anpassung der Kanalanschlussgebühren lt. Voranschlagserlass des Landes

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass lt. Voranschlagserlass des Amtes der OÖ Landesregierung vom 3. 11. 2008, Zl. IKD(Gem)-511001/260-2008-JI/Gt/Pü, die Kanalanschlussgebühren um 3,793% anzuheben sind; damit ist die Mindestanschlussgebühr von € 2.742,00 auf € 2.846,00 sowie die Gebühr nach Verrechnungsfläche von € 18,30 auf € 19,00 je m² und die Gebühr für Schwimmbäder von € 11,94 auf € 12,40 je m³ anzuheben (alle Gebühren zuzügl. MWSt.).

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im nachstehenden Verordnungsentwurf unter § 1 – 4 und 7 festgelegten Bestimmungen zu beschließen:

„Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz vom 11. Dezember 2008, mit der die Verordnung vom 15. Dezember 2005 über die Erlassung einer Kanalgebührenordnung abgeändert wird.

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBl. Nr. 28/1958 idgF und des Finanzausgleichsgesetzes 2005, BGBl. I Nr. 156/2004 wird verordnet:

§ 1

§ 2 Absatz 1 der Kanalgebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten: „Die Kanalanschlussgebühr errechnet sich aus der Gebühr nach der Verrechnungsfläche und Abschlägen. Sie beträgt für jedes bebaute Grundstück mindestens Euro 2.846,00.“

§ 2

§ 2 Absatz 2 der Kanalgebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten: „Für unbebaute Grundstücke beträgt die Kanalanschlussgebühr Euro 2.846,00.“

§ 3

§ 2 Absatz 3, 1. Satz der Kanalgebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten:
„Für private Schwimmbecken mit einem Fassungsvermögen von mindestens 10 m³, deren Abwässer in das Kanalnetz eingeleitet werden, wird eine Kanalanschlussgebühr von Euro 12,40 pro m³ Fassungsvermögen eingehoben.“

§ 4

§ 2 Absatz 4 der Kanalgebührenordnung vom 15. Dezember 2005 hat zu lauten:
„Die Kanalanschlussgebühr nach der Verrechnungsfläche beträgt je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. 5 Euro 19,00.“

§ 5

Im § 4 Absatz 2 ist im ersten Satz die Wortfolge „für das Jahr 2009 EURO 93,40“ durch die Wortfolge „für das Jahr 2009 EURO 89,00“ sowie die Wortfolge „für das Jahr 2009 EURO 46,70“ durch die Wortfolge „für das Jahr 2009 EURO 44,50“ zu ersetzen.

§ 6

Im § 4 Absatz 3 ist im ersten Satz die Wortfolge „im Jahr 2009 EURO 2,53“ durch die Wortfolge „im Jahr 2009 EURO 2,42“ zu ersetzen.

§ 7

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

Herr Schieber wiederholt die zum vorgehenden TOP vorgebrachten Argumente.
Herr Pilsner stellt fest, dass seitens der Freiheitlichen immer ein Zurückdrängen des Staates gefordert wurde; nun in Zeiten der Rezession kommt man darauf, dass die staatliche Einflussnahme doch wichtig ist. Dies gilt auch für den Wasser- und Kanalbau und –betrieb.

Alle stimmen für den Antrag des Bürgermeisters, nur Gerhard Lehner und Christoph Schieber stimmen dagegen.

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

6. Antrag der ÖVP auf Aussetzung der Erhöhung der Wasser- und Kanalbenutzungsgebühr für 2009

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass Mitglieder der ÖVP-Fraktion einen Antrag eingebracht haben, die im Erlass der OÖ Landesregierung vom 6. 6. 2005, Zl. W-AW-070000/550-2005-At vorgesehene und vom Gemeinderat auch so beschlossene jährliche Anhebung der Benutzungsgebühren für Wasserleitung und Kanal entsprechend dem Beschluss der OÖ Landesregierung vom 3. 11. 2008 im Jahr 2009 als Beitrag zur Dämpfung der Inflation auszusetzen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im vorliegenden Verordnungsentwurf zur Änderung der Wassergebührenordnung unter § 4 und 6 die im vorliegenden Verordnungsentwurf zur Änderung der Kanalgebührenordnung unter § 5, 6 und 7 festgelegten Bestimmungen zu beschließen.

Herr Pilsner bemerkt, dass dies ein Signal sei und auch für 2010 darüber nachgedacht werden soll.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

7. Bebauungsplan Nr. 13 „West“ – Änderungsplan Nr. 2 – Beschlussfassung

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den im Entwurf vorliegenden Änderungsplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 13 „West“ zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

8. Bebauungsplan Nr. 20 „Furth“ – Änderungsplan Nr. 2 – Beschlussfassung

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den im Entwurf vorliegenden Änderungsplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 20 „Furth“ zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

9. Übereinkommen zwischen dem Land OÖ und der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz zu den Straßenbaumaßnahmen „Umfahrung Parzham“

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass im Zuge der Bauarbeiten auf der B 134, Baulos „Umfahrung Parzham“ auch bauliche Maßnahmen im Kompetenzbereich der Gemeinde (Haltestellenbucht, Gehsteig, Geh- und Radweg) ausgeführt werden. Dazu ist ein Übereinkommen mit dem Land OÖ abzuschließen. Am 9. und 11. 12. 2008 wurde für das Baulos die straßenrechtliche Verhandlung abgeführt. Der Bürgermeister erläutert das Vorhaben mit den dazugehörigen Nebenanlagen: im Kreuzungsbereich Jungreith wird ein Kreisverkehr ausgeführt, da der öffentliche Verkehr verstärkt wird, werden Busbuchten errichtet, entlang der Straße ist ein Rad- und Gehweg vorgesehen, weiters sollen an der Daxbergerstraße Parkflächen für Buspendler errichtet werden, der durch die Trassenverlegung nicht mehr für den Durchzugsverkehr erforderliche Teil der B 134 soll entsprechend dem Verkehrserfordernis rückgebaut werden. Als Baubeginn ist Frühjahr 2009 vorgesehen, bis Ende 2010 soll das Bauvorhaben fertig gestellt sein.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die im Zuge der Bauarbeiten im Kompetenzbereich der Gemeinde vorgesehenen Maßnahmen die Kosten von der Landesregierung auf € 150.000,00 geschätzt wurden. Bei einer Vorsprache bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hiesl konnte erreicht werden, dass die Kosten für die Beleuchtung von € 45.000,00 auf € 9.000,00 reduziert wurden, da ein Stromanschluss beim nahe gelegenen Pumpwerk Jungreith möglich ist und damit auch Folgekosten verringert werden können; weiters wurde für die Kosten der Brückenverbreiterung ein zusätzlicher Straßenbeitrag von € 20.000,00 zugesagt.

Amtsleiter Baumgartner bringt den vom Land OÖ vorgelegten Übereinkommensentwurf vollinhaltlich zur Kenntnis.

Herr Greinöcker fragt, ob für den Kreisverkehr bereits eine Planung vorliegt und ob eine Mitgestaltung im Sinne des Naturparks möglich ist.

Bürgermeister Ing. Dopler informiert, dass eine Mitgestaltungsmöglichkeit zugesagt ist, eine Planung jedoch noch nicht vorliegt.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das im Entwurf vorliegende Übereinkommen zwischen Land Oberösterreich und Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz betreffend der Errichtung, Pflege und Wartung der im Zuge der Errichtung des Kreisverkehrs herzustellenden Nebenanlagen zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

10. Berichtigung des öffentl. Gutes Parz. Nr. 816/2 und 806/2 KG Lengau

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die derzeitige Eigentümerin der Liegenschaft Lengau 10 beantragt hat, das öffentl. Gut Parz. Nr. 806/2 KG Lengau im Bereich der Parz. Nr. 610/1 KG

Lengau auf den in der Natur vorhandenen Weg zu verlegen. In der Sitzung des Ausschusses für Bauangelegenheiten am 2. 4. 2008 wurde u. a. festgestellt, dass der Weg im Bereich der Grundstücke Nr. 616 und 620 KG Lengau in der Natur nicht auf dem öffentl. Gut Parz. Nr. 806/2 KG Lengau verläuft, sondern entlang der nördlichen Grundgrenze der Parz. Nr. 616 und entlang der östlichen Grundgrenze der Parz. Nr. 620, KG Lengau. Wenn mit den betroffenen Grundeigentümern ein Einvernehmen herzustellen ist, erscheint eine entsprechende Wegverlegung zweckmäßig.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das Verfahren zur Umlegung des öffentlichen Gutes Parz. Nr. 806/2 KG Lengau einzuleiten.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

11. Wohnungsvergabe (Nachfolge Reiter Maria, Gamsjäger Daniela und Verlängerung der Befristung Kiesling)

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die WAG-Wohnungen die Gemeinde das Einweisungsrecht hat. Neben den in der Tagesordnung angeführten Vormieter wurde der Gemeinde bekannt, dass auch Herr Thomas Lehner mit 31. 12. 2008 seine Wohnung kündigen will und daran Herr Friedrich Eder, der bereits in einer WAG-Wohnung ist, Interessens hat, da diese Wohnung größer wäre.

Wird diesem Wunsch entsprochen, wären folgende Wohnungen zuzuweisen:

Wohnblock I – Wohnung 1 (Eder) mit 51,41 m² + 15 m² Terrasse

Wohnblock I – Wohnung 3 (Gamsjäger) mit 89,71 m² + 32 m² Terrasse

Wohnblock I – Wohnung 5 (Lehner) mit 76,44 m² und 10,44 m² Loggia

Wohnblock II – Wohnung 5 (Reiter) mit 49,04 m² + 7 m² Loggia

Zudem wäre die Befristung des Mietvertrages für Frau Kiesling auf 3 Jahre abzuändern, da eine Befristung unter 3 Jahren dem Mietergesetz widerspricht.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, einer Verlängerung des Mietvertrages von Frau Ursula Kiesling auf 3 Jahre zuzustimmen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Wohnung 5 im Wohnblock I nach Freiwerden Herrn Fritz Eder, Kirchenplatz 28, zuzuweisen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Wohnung 5 im Wohnblock II Herrn Hubert Wipplinger, Wels, zuzuweisen.

Bürgermeister Ing. Dopler bringt ein Schreiben zur Kenntnis, in dem sich Hausbewohner gegen einen Wohnungswerber aussprechen.

Herr Pilsner lehnt es ab, dem stattzugeben, dass Hausbewohner einen Wohnungswerber ablehnen.

Herr Schieber schließt sich dieser Ansicht an.

Herr Pilsner schlägt vor, das Beschlussrecht über die Vergabe dieser Wohnung dem Gemeindevorstand zu übertragen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das Beschlussrecht zur Zuweisung der Wohnung 5 im Wohnblock II dem Gemeindevorstand zuzuweisen.

Alle stimmen für diesen Antrag, nur Herr Christian Scharinger enthält sich der Stimme.

Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Wohnung 3 im Wohnblock I nach Freiwerden Herrn Jaomin Farizi, Marienfeld, zuzuweisen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

**Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Wohnung 1 im Wohnblock I nach Freiwerden Herrn Hubert Wipplinger, Wels, zuzuweisen.
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.**

12. Berufungsbescheid Ruflinger

Bürgermeister Ing. Dopler übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Alfred Männer und rückt vom Verhandlungstisch ab.

Vizebürgermeister Männer berichtet, dass die Ehegatten Ruflinger am 18. 3. 2008 eine Bauanzeige zur Errichtung einer Mehrzweckhütte auf dem Grundstück Nr. 715/6 KG Fürneredt eingebracht haben. Mit Bescheid des Bürgermeisters als Baubehörde I. Instanz vom 6. 5. 2008, Zl. Bau-2331/III-02/Ra, wurde die Ausführung dieses Bauvorhabens untersagt, da es den Bestimmungen des Flächenwidmungsplanes Nr. 4 der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz widerspricht. Gegen diesen Bescheid haben die Ehegatten Ruflinger binnen offener Frist das Rechtsmittel der Berufung eingebracht.

Vizebürgermeister Männer bringt den Entwurf des Berufungsbescheides, in welchem die Berufung abgewiesen wird, da die rechtlichen Gegebenheiten für die Ausführung des Bauvorhabens nicht gegeben sind, zur Kenntnis und beantragt, diesen zu beschließen.

Herr Pilsner fragt, was den Ehegatten Ruflinger angeboten werden kann, damit diese ihre Sachen ordnungsgemäß verstauen können und ersucht Bürgermeister Ing. Dopler um Klärstellung.

Bürgermeister Ing. Dopler informiert, dass der Gemeinderat für den betroffenen Bereich ein Neuplanungsgebiet verordnet hat, da im laufenden Verfahren zur Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes für die gesamte Fläche eine Grünlandwidmung „Landwirtschaftliche Nutzung“ vorgesehen ist. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit als Behörde handelt und daher strikt an die Einhaltung der Gesetze gebunden ist; die Baumaßnahmen widersprechen sowohl der derzeitigen als auch der vorgesehenen Widmung und können daher nicht bewilligt werden.

Vizebürgermeister Männer stellt fest, dass die Baubehörde, in diesem Fall der Gemeinderat, an die vom OÖ Landtag beschlossenen Gesetze gebunden ist.

Für den Antrag des Herrn Vizebürgermeister Männer stimmen:

Josef Feischl, Franz Baumgartner, Josef Hummer, Gerlinde Hintenaus, Werner Hellmayr, Franz Erdresser, Werner Kapeller, Mag. Gerhard Hummer, Franz Greinöcker, Ing. Gerhard Angster, Alfred Wahlmüller, Gerhard Lehner, Christoph Schieber und Alfred Männer.

Der Stimme enthalten sich:

Erich Pilsner, Ing. Siegfried Dobler, Sabine Rathmayr, Christian Scharinger, Jutta Pöll, Herbert Brandscheid, Ing. Harald Hollensteiner, Gerhard Humer und Anna Binder

Damit ist der Antrag von Herrn Vizebürgermeister Männer mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler rückt wieder an den Verhandlungstisch und übernimmt von Vizebürgermeister Männer den Vorsitz.

13. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass mit 2008 für die Gemeinde wieder ein arbeits- und ereignisreiches Jahr zu Ende geht. So wurden im Straßenbau die Lengauer Gemeindestraße BA 3, die Siedlungsstraße Wieshof, der Güterweg Kleingerstdoppl fertiggestellt und der Güterweg

Brandstadl in Schotter ausgebaut, im Ortskern wurde der Gehsteig entlang der Daxbergerstraße neu gestaltet, derzeit laufen Arbeiten für die Marktplatzgestaltung und für den Mostkeller; in Marienfeld wurde ein Spielplatz gestaltet, über den Aibach ein Steg errichtet und in Jungreith das Betriebsbaugebiet mit einem Abwasserkanal aufgeschlossen, beim Fußballplatz wurde in Zusammenarbeit mit dem ASV die Außenanlage der Zuschauertribüne gestaltet.

Er berichtet vom Marktfest und von der Teilnahme an der Ortsbildmesse.

Er erinnert an das Unwetter am 22. August und dankt der Freiwilligen Feuerwehr und allen sonstigen Gemeindegürgern, die bei der Beseitigung der Schäden mitgeholfen haben.

Er dankt den Vereinen für die für die Öffentlichkeit erbrachten ehrenamtlichen Leistungen, weiters dankt er den Bediensteten der Gemeinde.

Er berichtet, dass mit Raiffeisen-Realtreuhand Verhandlungen hinsichtlich der Errichtung von Wohnblöcken laufen; diese sind offensichtlich in der gewünschten Form schwer realisierbar, da dafür ein Gemeindebeitrag von € 120.000,00 geleistet werden soll. Die Option mit der Raiffeisen-Realtreuhand gilt bis Ende Jänner 2009. Wichtig ist jedoch, dass zusätzliche Wohnungen mit leistbaren Mieten geschaffen werden.

14. Allfälliges

a) Antrag auf Errichtung eines Kinderspielplatzes neben dem Gemeindezentrum und eines Erlebnisspielplatzes für St. Marienkirchen/P

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht die SPÖ-Fraktion um Berichterstattung.

Herr Pilsner berichtet, dass ihm in einem Gespräch Herr Landesrat Kepplinger eine finanzielle Unterstützung für die Errichtung der Kinderspielplätze in St. Marienkirchen zugesagt hat. Es soll hier rasch gehandelt werden. Die SPÖ stellt sich vor, dass ein größerer toller Spielplatz errichtet werden soll.

Bürgermeister Ing. Dopler weist darauf hin, dass 2008 der Kinderspielplatz Marienfeld errichtet wurde und schlägt vor, dass sich der zuständige Ausschuss ehestens mit dieser Angelegenheit befassen soll. Zu bedenken seien allerdings die Finanzierung sowie die laufende Erhaltung und Wartung und die daraus erwachsenden Kosten.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Angelegenheit „Errichtung eines Kinderspielplatzes neben dem Gemeindezentrum und eines Erlebnisspielplatzes für St. Marienkirchen/P“ dem Ausschuss für die Angelegenheiten Schule, Kindergarten, Jugend, Familie, Senioren zur Vorberatung zuzuweisen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

b) Schaffung eines Jugendtaximodells für Jugendliche der Gemeinde St. Marienkirchen/P.

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht die SPÖ-Fraktion um Berichterstattung.

Frau Rathmayr bringt vor, dass ein Jugendtaximodell mit Begünstigungen für Jugendliche der Gemeinde St. Marienkirchen geschaffen und dazu ein Arbeitskreis unter der Leitung von Herrn Erich Pilsner eingerichtet werden soll.

Herr Pilsner berichtet, dass Fördermittel aus dem Erlös der Wunschkennzeichen vorhanden sind. In einem Arbeitskreis soll ein Modell für einen Jugendtaxibetrieb erarbeitet werden.

Bürgermeister Ing. Dopler stellt fest, dass diese Angelegenheit in den Aufgabenbereich des Ausschusses Umwelt, öffentlicher Verkehr und Tourismus unter dem Vorsitz von Herrn Obmann Binder und Herrn Obmannstellvertreter Pilsner fällt. Er äußert seine Verwunderung, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit nicht schon tätig geworden ist.

Herr Pilsner bemerkt, dass die Zuständigkeit nicht so eindeutig diesem Ausschuss zugeordnet werden kann, aber im Vorfeld Gespräche mit Jugendlichen nötig sind.

Herr Schieber fordert, dass in dieser Angelegenheit Gespräche mit dem Taxiunternehmer Walter Rathmayr geführt werden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Angelegenheit „Schaffung eines Jugendtaximodells für Jugendliche der Gemeinde St. Marienkirchen/P.“ dem Ausschuss für die Angelegenheiten „Umwelt, öffentlicher Verkehr und Tourismus“ zur Vorberatung zuzuweisen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

c) Antrag auf Aufnahme von Gesprächen mit einem Fleischhauer

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht die SPÖ-Fraktion um Berichterstattung.

Herr Pilsner verweist auf das Projekt „Mietwohn- und –geschäftgebäude“ der Realtreuhand, welches leider kaum realisierbar ist. Geschäftslokale sind zur Belebung des Ortskerns notwendig, für die Nahversorgung ist auch ein Fleischhauer im Zentrum wichtig. Er hat mit Herrn Jungmair darüber gesprochen und dieser war durchaus interessiert. Herr Pilsner schlägt vor, diese Angelegenheit im Ausschuss Wirtschaft, Nahversorgung zu behandeln.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass eine Belebung im Ort wünschenswert ist.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Angelegenheit „Aufnahme von Gesprächen mit einem Fleischhauer“ dem Ausschuss für die Angelegenheiten Wirtschaft, Nahversorgung zur Vorberatung zuzuweisen.

Herr Greinöcker bezweifelt, ob sich ein derartiges Geschäft rechnet; es sei auch zu bedenken, dass die vorhandenen Nahversorger wie Hartl, Bauerneck und Wurm unter weiteren Konkurrenzdruck geraten.

Herr Schieber regt an, auch mit der örtlichen Bauernschaft Gespräche über Selbstvermarktungsmöglichkeiten zu führen.

Herr Pilsner bemerkt, dass alle Möglichkeiten geprüft werden sollen. Er stellt fest, dass derzeit im Ortszentrum Frischfleisch nicht erhältlich ist. Für Nahversorgungsmodelle gibt es Förderungen.

Der Antrag des Bürgermeisters wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

d) Antrag auf Errichtung von Mietwohnungen durch die LAWOG

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht die SPÖ-Fraktion um Berichterstattung.

Herr Pilsner berichtet, dass die LAWOG für die Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz für den Zeitraum 2010, 2011 8 Wohnungen aus ihrem Kontingent für sozialen Wohnbau reserviert hat, Landesrat Kepplinger würde noch weitere 4 Wohnungen für St. Marienkirchen genehmigen. Es sollen daher in dieser Angelegenheit sofort Schritte gesetzt und Gespräche mit Wohnbauträgern aufgenommen werden.

Bürgermeister Ing. Dopler bedauert, dass ohne ihm ein Gespräch mit Herren der LAWOG geführt wurde, in dem das Realtreuhandprojekt zur Sprache kam, worauf sich die LAWOG als Wohnbauträger einer weiteren Wohnbauanlage vorerst zurück zog. Er teilt mit, dass das Mietwohn- und –geschäftsbauprojekt mit der Realtreuhand leider nicht zu realisieren ist. Auch er hat Gespräche mit der LAWOG und der GWB sowie mit Herrn Stelzer hinsichtlich eines zusätzlichen Wohnungskontingents geführt.

Herr Pilsner beantragt, eine Sitzung mit Vertretern der LAWOG mit dem Ziel einer raschen Realisierung eines Wohnprojektes zu machen.

Herr Hellmayr schlägt vor, mehrere Wohnbauträger in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Pilsner bringt vor, dass der Optionsvertrag mit der Realtreuhand de facto ausgelaufen ist und das Kontingent für 12 Wohnungen über die LAWOG gesichert ist, daher wird von ihm vorgeschlagen, Gespräche mit der LAWOG zu führen.

Herr Schieber spricht sich dafür aus, mit mehreren Wohnbauträgern Gespräche zu führen.

Frau Rathmayr äußert, dass der Antrag Gespräche mit anderen Wohnbauträgern nicht ausschließt.

Bürgermeister Ing. Dopler stellt den Gegenantrag, dass mit den Wohnbauträgern LAWOG und GWB Gespräche hinsichtlich der Errichtung von Wohnungen aufgenommen werden sollen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

e) Herr Ing. Siegfried Dobler fragt an, ob der Betrieb des Veranstaltungszentrums kostendeckend sei.

Bürgermeister Ing. Josef Dopler teilt mit, dass die Auslastung sehr gut ist, ob eine Kostendeckung gegeben ist, wird der Rechnungsabschluss zeigen.

f) Bürgermeister Ing. Dopler verweist auf den Sitzungsplan für den Gemeinderat im Jahr 2009.

g) Bürgermeister Ing. Dopler hofft für das kommende Jahr trotz der bevorstehenden Wahl auf eine gedeihliche Zusammenarbeit und wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

h) Frau Rathmayr, Herr Schieber und Herr Hellmayr schließen sich namens ihrer Fraktionen diesen Wünschen an.

Zur Tagesordnung wird nichts mehr vorgebracht.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22:05 Uhr die Sitzung.

Schriftführer:

Bürgermeister: